

**Zeitschrift:** Rote Revue : sozialistische Monatsschrift  
**Herausgeber:** Sozialdemokratische Partei der Schweiz  
**Band:** 26 (1947)  
**Heft:** 6

**Artikel:** Frankreich, Deutschland und Europa  
**Autor:** Bühler, Klaus  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-335702>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 16.03.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

dem Schluß kommen, daß diese fest entschlossen ist, autoritäre Abenteuer abzuwehren, daß sie sich selbst aber auch nicht auf den Weg einer voreiligen Abenteuerpolitik drängen läßt, sondern unter steter Verteidigung ihrer Positionen abwartet, bis ihr wieder die Stunde zum Angriff gegen die Bourgeoisie schlägt. Die allmähliche wirtschaftliche Wiedererstarkung der Sowjetunion und der europäischen Länder, die fortschreitende Befreiung der Kolonialvölker vom Joch des weißen Imperialismus, die sich daraus ergebende Schwächung der westlichen Bourgeoisien und die heraufdämmernde Wirtschaftskrise in den USA, endlich die Annäherung Englands an die Sowjetunion sind die wichtigsten Voraussetzungen einer künftigen Weltsituation, die es der französischen Arbeiterklasse von neuem gestatten würden, gegen die Klassenherrschaft der Bourgeoisie in Frankreich die Offensive zu ergreifen.

KLAUS BÜHLER

## *Frankreich, Deutschland und Europa*

### I.

Die Entscheidung über die Um- und Neugestaltung des besiegten Deutschlands, die seit der Moskauer Außenministerkonferenz fernergerückt scheint denn je, schließt auch die Entscheidung über die Zukunft Europas in sich. Schon während des Krieges war es klar, daß das niedergerungene Nazireich unter Kuratel, unter Zwangsverwaltung gestellt würde. Einer solchen Vormundschaft, Treuhänderschaft, oder welchen Namen man vorzieht, stimmten auch *die* Sozialisten grundsätzlich zu, welche als wesentliche Ursache des sogenannten zweiten Weltkriegs die Reaktion gegen die notwendig gewordene weltrevolutionäre Entwicklung erkannt hatten und im Nationalsozialismus einen *Teil* dieses allgemeinen Bremsversuchs sahen. Ihre Sorge galt vielmehr der Frage, *welcher Art* die Kuratoren sein und *welche Ziele* sie verfolgen würden. Eine nur zu gerechtfertigte Sorge! Denn der Auseinanderfall der gegen das Hitlerreich kämpfenden Koalition erfolgte, wie kaum anders zu erwarten war, nach dem Ende der Feindseligkeiten mit der Promptheit eines «historischen Gesetzes». Im großen gesehen, trat einfach der faktische und ideologische Gegensatz zwischen der Gesellschaftsform der beiden mächtigsten Koalitionspartner, der Vereinigten Staaten von Amerika und der USSR, als der wesentliche Trennungsfaktor wieder zutage. Großbritannien, als Kopf des British Commonwealth wie auch des Empire, dessen tief-

reichende Umgestaltung, wenn nicht Auflösung, als historische Notwendigkeit sich abzeichnete, war, obwohl an die Stelle einer konservativen eine Regierung der Labour Party getreten war, in eine Lage versetzt, die es aus Selbsterhaltungstrieb Stütze und Anlehnung bei den Vereinigten Staaten suchen ließ. So spitzte sich der *Konflikt über die deutsche Frage* (als einer von vielen!) zu einem Gegensatz zwischen angelsächsischer und sowjetischer Auffassung und Politik zu. Die von vielen erhoffte und erwünschte Zwischen- und Brückenstellung hat das Großbritannien der Arbeiterregierung aus Gründen, die in diesem Zusammenhang nicht zu erörtern sind, nicht finden können. Am Rande sozusagen steht *Frankreich*, dessen Zukunft auf Grund seiner geographischen, wirtschaftlichen und politischen Lage sehr viel enger, als das für die drei andern erwähnten Mächte zutrifft, mit dem Geschick des gesamten europäischen Kontinents verknüpft ist. Es ist unter den «Vier Großen», denen es nominell zugerechnet wird, die einzige wahrhaft europäische Macht, und es hat infolgedessen eine historische Mission, der es sich nur bei Strafe des eigenen Absinkens entziehen kann, deren Erfüllung jedoch durch sein im Verhältnis zu den andern Partnern sehr geringes eigenes Machtgewicht ihm außerordentlich erschwert wird.

Diese in Kürze angedeuteten Verhältnisse haben neben manchen andern eine für die Zukunft Europas besonders bedenkliche Folge. Es wird im allgemeinen von der europäischen «öffentlichen Meinung» das, was an einer französischen Konzeption eines neuen Europas vorliegt, es werden besonders die auf Deutschland bezüglichen Pläne Frankreichs nicht nach ihrem spezifischen Gehalt, sondern – zustimmend oder ablehnend – je nach dem Grad ihrer Annäherung entweder an die angelsächsischen oder an die russischen Pläne für ein künftiges Deutschland beurteilt. Bei den Deutschen, deren Xenophobie, um nicht zu sagen: aggressiver Fremdenhaß, infolge der *Uneinigkeit* unter den Besetzungsmächten täglich neue Nahrung findet, führt das zum Aufleben jener besondern «Erbfeindschafts»-Ideologie gegen Frankreich, welche die Geschichte der deutsch-französischen Beziehungen zum Unheil Europas durchzogen hat. Nun sind die Deutschen in Stimmung und Haltung tatsächlich von der politischen Atmosphäre ihrer Umgebung sehr viel abhängiger, als man im allgemeinen annimmt. Darum ist es – wieder von anderem abgesehen – um so bedenklicher, daß Frankreich auch von einem Großteil nichtdeutscher Europäer, auch von seinen nächsten Nachbarn, in seiner Haltung verkannt und mehr oder weniger als kurzsichtiger, einzig von der Angst vor einem wiedererstarkten Deutschland beherrschter lästiger «Störenfried» der Wiederherstellung Europas beurteilt und verurteilt wird. Was wieder dazu führt, daß diese Bewohner des europäischen Kontinents auf

die Großmächte setzen, deren Interessen nicht innerhalb, sondern außerhalb des europäischen Kontinents zentrieren, auf «europafremde» Mächte also.

Solche Verkennung der eigenen Interessen, die Nichtbeachtung einer engen Schicksalsgemeinschaft, wie sie in den verflossenen Jahrhunderten deutlichsten Ausdruck in der Zustimmung zur Politik des Mächtegleichgewichts britischer Konzeption gefunden hat, war das Unglück Europas und scheint es in dieser Epoche, wenn auch unter veränderten Bedingungen, wieder werden zu wollen. Sind die Bewohner dieses Erdteils, der einmal die führende Stellung in der Welt hatte, heute auch in der Ausübung ihres Selbstbestimmungsrechts, und dies gewiß nicht zuletzt infolge ihres kurzsichtigen früheren Verhaltens, eingeschränkt, so hindert sie doch, außer der Verkennung der eigenen Lage und Interessen, nichts daran, *gemeinsame europäische Ziele* aufzustellen und gemeinsam ihre Verwirklichung zu betreiben. Was um so wünschenswerter wäre, als dies der einzige Weg ist, zu verhindern, daß dieser Erdteil mitsamt seinen Bewohnern vollends zum *Objekt* der Politik außereuropäischer Mächte wird. Daß die Entbalkanisierung des europäischen Kontinents und die *Integrierung seiner Parzellenstaaten* zugleich ein Mittel ist, um den wankenden Weltfrieden zu stützen, kann in diesem Zusammenhang nur erwähnt, nicht erörtert werden. Da nun aber Frankreich trotz seiner Schwäche den aktuellen Großmächten gegenüber innerhalb einer virtuellen europäischen Völkerfamilie virtuell eine führende Stellung (im Sinne eines *primus inter pares*) einnimmt, so ist es für Europäer von lebenswichtiger Bedeutung, Frankreichs Pläne und Absichten Deutschland gegenüber, das nach wie vor eine Schlüsselstellung einnimmt, unbefangen und unbeeinflußt nach ihrem *spezifisch europäischen Gewicht* zu beurteilen.

## II.

In diesem Zusammenhang betrachten wir es als einen glücklichen Umstand, daß eine solche Würdigung aus *englischer Quelle* in Gestalt eines in der «Contemporary Review» vom März veröffentlichten Aufsatzes von Geoffrey Fraser und W. Walter Crotch unter dem Titel «Der französische Plan für Deutschland» vorliegt. Der Aufsatz beginnt mit der Feststellung, daß es beunruhigende Zeichen gibt für die Existenz «einer weitverbreiteten, gut geleiteten und ausgezeichnet finanzierten unterirdischen Bewegung, die in ihrem Wesen, wenn auch vielleicht nicht dem Namen nach, nationalsozialistisch ist und die auf die Wiedererrichtung eines «militaristischen und totalitären Deutschlands» ausgeht. Es stünden dieser Bewegung Finanzmittel in Höhe von 220 Millionen Pfund zur Verfügung, die hauptsächlich in Latein-

amerika, in Schweden und in der *Schweiz* untergebracht seien. Es werden weiter Beispiele angeführt zum Beweis, daß industrielle Sabotage in großem Ausmaß in Deutschland grassiert. «Tatsächlich kann es keinen Zweifel geben», so heißt es da unter anderem, «daß organisierte Sabotage die Ursache der lächerlich unzureichenden Ausbeute der Ruhr-Kohlengruben ist.»

Diese Behauptung wird mit der Feststellung begründet, daß die Leistung der Bergarbeiter im Saargebiet, obwohl ihre Rationen nicht um einen Deut größer seien als die ihrer Kollegen von der Ruhr, pro Kopf und Tag *das Doppelte* betrage. Die Ausdehnung der *Untergrundbewegung* wird illustriert durch das Ergebnis einer von den Franzosen veranstalteten Razzia in einem Tanzlokal des Berliner Wedding (eines ausgesprochenen Proletarier- und Arbeiterviertels): Von 2500 durchsuchten jungen Leuten hätten nicht weniger als 1800 Waffen, Naziflugblätter und Werbeschriften oder Abzeichen der Untergrundbewegung auf sich gehabt. Bei der Aufdeckung von Waffenlagern sei in einem Fall sogar Feldartillerie gefunden worden. Zwar werde weder die Bezeichnung «Nationalsozialismus» verwendet noch der Name Hitlers erwähnt, wohl aber mit dem Auftauchen eines «Führers» zur gegebenen Zeit von vielen Deutschen gerechnet. In einem der zahlreichen Flugblätter finde sich der Satz: «Spätestens um 1950 wird der Führer (viele dächten dabei an *Bormann*) im Triumph unter Umständen und auf eine Weise in Berlin einziehen, die die Welt schwindeln machen wird» (aus dem Englischen übersetzt).

Während man im allgemeinen fast nur Schlechtes über die *Verwaltung der französischen Zone* hört, betonen die beiden Autoren, daß die Franzosen, obwohl sie mit besonders ungünstigen geographischen und wirtschaftlichen Bedingungen zu kämpfen haben, sehr gute Leistungen aufweisen könnten, daß sie die Wiederbelebung der deutschen Industrie mit bemerkenswertem Erfolg ermutigt hätten, mit einem Erfolg, «der noch sehr viel größer sein könnte, wenn mehr Kohle verfügbar wäre». Als «böswilligen Unsinn» bezeichnen sie die Behauptung, daß die französische Politik den deutschen Wiederaufbau zu verzögern und das deutsche Wirtschaftsleben lahmzulegen suche: «Die Franzosen, die, wenn sonst nichts, doch jedenfalls logisch denkende Menschen sind, bleiben sich vollkommen der Tatsache bewußt, daß eine Nation von 72 Millionen Menschen nicht zu dauernder Armut und Not verurteilt werden kann. Selbst wenn so etwas möglich wäre, wäre es höchst unerwünscht. Würde Mitteleuropa ein eiterndes Geschwür der Unzufriedenheit bilden, so wäre das eine dauernde Bedrohung des europäischen Friedens. Der Wiederaufbau Deutschlands ist also notwendig, aber in den Augen der Franzosen hängt alles von der Natur dieses Wiederaufbaus ab.»

Nun befürchten die Franzosen, nach der Darstellung der beiden englischen Autoren, daß die britische und die amerikanische Politik in Deutschland schließlich auf die Wiederholung der «obsoleten Methoden» von 1918 hinauslaufe und, um es kurz zu sagen, zu einer militärischen und militaristischen Wiedererstarkung Deutschlands führen werde. Besonders angreifbar finden sie den von britischer Seite vertretenen Gedanken, daß die deutsche Sozialdemokratie an der Spitze einer «sozialisierten» Industrie (die Anführungszeichen im englischen Text) eine Gewähr für friedliche Entwicklung bieten würde. Es ist betrüblich für einen Sozialisten, dem, was die beiden Autoren über die Haltung der deutschen Sozialdemokratie nach 1918 in die Erinnerung zurückrufen, nicht widersprechen zu können. Betrüblicher noch, daß man ehrlicherweise ebensowenig ihre Auffassung widerlegen kann, daß derselbe Ungeist eines unbußfertigen, blinden Nationalismus weiterhin breite Kreise der deutschen Sozialdemokratie – repräsentiert durch ihren Führer Dr. Kurt Schumacher – beherrscht. Dementsprechend ist es begreiflich und «logisch», wenn im Vordergrund der französischen politischen Erwägungen die *Frage der Sicherheit* steht, und wenn die Franzosen angesichts der Unzulänglichkeit der UNO oder auch der englisch-französischen Allianz zu einem Schluß kommen, den die beiden Autoren so zusammenfassen: «Heutzutage, wo Kriegführung im wesentlichen eine Sache des Industrie-Potentials ist, besteht der einzige Weg, Deutschland an der Entfesselung eines neuen Angriffskrieges zu verhindern, darin, seine Schwerindustrie durch Besitz oder Kontrolle von Ruhr und Saar zu kontrollieren.»

Da die *wirtschaftliche* Angliederung des *Saargebiets* faktisch kaum mehr auf Widerstand stoßen wird, da auch die französische Sozialistische Partei, «die mit ihrer sanften Duldsamkeit den Deutschen gegenüber im Lande allein steht», in dieser Frage eine entschiedene Stellung einnimmt, da schließlich auch die Mehrheit der Bevölkerung aus rein materiellen Gründen heute für den wirtschaftlichen und teilweise sogar für den politischen Anschluß an Frankreich optiert, braucht auf dieses Problem hier nicht weiter eingegangen zu werden.

In bezug auf die *Ruhr* hat sich nach der Darstellung der beiden Engländer in der französischen Politik eine Wandlung vollzogen. War bis vor kurzem noch die vollständige *Trennung* dieses Gebiets von Deutschland das erklärte Ziel der Franzosen, so geht ihre Forderung jetzt auf *strikte interalliierte Kontrolle* der Produktion, um jeglichen Einsatz für militärische Zwecke zu verhindern. Keineswegs soll Deutschland nach französischer Auffassung der wirtschaftlichen Vorteile der Ruhrindustrie beraubt werden. «Der Franzose gibt bereitwillig zu, daß Deutschland leben muß und daß es, um leben zu

können, fabrizieren und exportieren muß. Nicht die deutschen Industrien fürchtet Frankreich, sondern die deutsche Aufrüstung, die nur in den Betrieben selbst kontrolliert werden kann.»

Ein neuerer Vorschlag von französischer Seite geht dahin, statt das zur Stahlerzeugung notwendige und Deutschland fehlende Eisenerz aus Frankreich, Luxemburg, Belgien und Holland nach dem Ruhrgebiet zu importieren, *umgekehrt* den deutschen Koks an diese Länder zu liefern, die damit die Kontrolle über die Stahlerzeugung und Verwendung in die Hände bekämen.

Bleibt noch die Frage des *Rheinlands*. Man darf heute mit den englischen Autoren sagen, daß alle Pläne auf die Schaffung eines französischen linksufrigen Rheinlands nüchtern *ad acta* gelegt sind. Zu beachten aber ist die Widerlegung einer sehr verbreiteten Auffassung durch die beiden Engländer. Sie schreiben: «Die in bestimmten angelsächsischen Ländern eifrig und absichtlich genährte Idee, daß in Frankreich von nennenswerten Kreisen eine Meinung zugunsten einer aggressiven, expansionistischen oder militaristischen Politik vertreten werde, ist purer Schwindel. Selbst diejenigen, welche die Annexion des linken Rheinufer befürworteten, taten es aus rein defensiven Erwägungen heraus . . .»

Als das wahrscheinlich größte Hindernis für ein Übereinkommen zwischen den «Großen Vier» betrachten die beiden Autoren «Frankreichs Abneigung gegen ein neues, vereinheitlichtes und zentralisiertes Reich.» Geschichtliche Erfahrung mache diese Haltung begreiflich: «Immer wenn Deutschland ein mehr oder weniger locker geknüpfter Staatenbund war, erwies es sich als ein möglicher Nachbar. Immer wenn es in einen einheitlichen *Block* zusammengeschweißt wurde, sei es unter einem Habsburger, einem Hohenzoller oder einem Hitler, erwies es sich als eine Drohung und eine Gefahr.»

Während – nach der Darstellung von Fraser und Crotch – die Franzosen Erklärungen für die ein zentralisiertes deutsches Reich befürwortende Auffassung der Amerikaner (ihre völlige Unvertrautheit mit europäischen Verhältnissen) und der Russen (ihre wachsende, überlegene Stärke) finden, seien sie über die Haltung der Briten, die doch ihre Erfahrungen von 1914 und 1940 hinter sich hätten, «erstaunt und konsterniert». Den Prüfstein für das englisch-französische Verhältnis bildet nach ihrer Meinung das deutsche Problem. Der Besuch Léon Blums in London habe die Atmosphäre verbessert. «Aber täuschen wir uns nicht; in letzter Instanz wird und kann es keine wahre englisch-französische Allianz geben, wenn Frankreich nicht ein für allemal von der gräßlichen Furcht befreit ist, die wie ein Leichentuch über ihm hängt und ihren unheilvollen Ursprung jenseits des Rheins hat.»

### III.

Diesem Satz, mit dem der Artikel von Fraser und Crotch schließt, möchten wir ein paar kurze Ergänzungen hinzufügen. Wäre es auch eine Übertreibung, von einer einheitlichen außenpolitischen Konzeption des französischen Volkes zu sprechen, so ist doch von verschiedenen Staatsmännern und führenden politischen Persönlichkeiten in letzter Zeit stärker und stärker betont worden, daß die rheinisch-westfälische Industrie als ein *gesamteuropäischer* wirtschaftlicher Aktivposten zu betrachten und demgemäß als gemeinsame europäische Hilfsquelle zu organisieren und zu kontrollieren sei. Daß diese Auffassung die wirtschaftliche «Logik» und Vernunft für sich hat, lehrt die Erfahrung. Diesen mächtigen, in seiner Produktionskapazität weit über die Bedürfnisse Deutschlands hinausgehenden Körper zu strangulieren, wie es beabsichtigt und teilweise schon durchgeführt ist, kommt einer, die Interessen *aller* europäischen Länder schädigenden Maschinenstürmerei gleich. Daß bei solchen Vorschlägen außereuropäische kapitalistische Konkurrenzerwägungen ein gewichtiges Wort mitreden, hat der auf die Spitze getriebene Morgenthau-Plan genügend deutlich gemacht. Die Alternative, diesen gewaltigen Industriemassstab in den Händen eines zentralisierten Deutschen Reiches zu belassen, würde mit größter Wahrscheinlichkeit – gleiche Ursachen, gleiche Wirkungen – zu erneuten Versuchen einer imperialistischen deutschen Expansion führen. Der einen wie der andern Gefahr könnte durch gemeinsame europäische Verwaltung und nach Analogie der «*Nationalisierung*», die in diesem Fall den Charakter einer «*Europäisierung*» annehmen würde, begegnet werden. Es ist zu erwarten, daß von da aus sehr heilsame Impulse auf die Erweiterung der gemeinsamen Bewirtschaftung dieser und anderer europäischer Schlüsselindustrien ausgehen und der noch starken wirtschafts-nationalistischen Ideologie ihren Boden entziehen werden. Daß Deutschland oder die deutschen Länder gleichberechtigt sein müßten und in einem ihren wirtschaftlichen Bedürfnissen entsprechenden Maße daran zu beteiligen wären, versteht sich für jeden Sozialisten von selbst. Ebenso selbstverständlich ist es, daß das deutsche Wirtschaftsgebiet grundsätzlich als *Einheit* zu behandeln ist – eine Frage, auf die noch zurückzukommen sein wird.

Herrscht hierüber wenigstens in sozialistischen Kreisen Übereinstimmung, so gehen die Meinungen in bezug auf die künftige *politische Gestalt* Deutschlands auseinander. Wiedererrichtung eines zentralistischen Einheitsstaates oder einer Föderation in Form eines lockeren Staatenbundes oder eines Bundesstaates etwa nach dem Muster der Vereinigten Staaten von Amerika oder der Schweizerischen Eidgenossenschaft – das ist der Streitpunkt, dessen

Entscheidung für ganz Europa von erheblicher Tragweite sein wird. Auch von sozialistischer Seite wird, soweit wir sehen, meistens die Wiedererrichtung eines zentralistischen deutschen Einheitsstaates, gewöhnlich unter Berufung auf das «historisch Gewordene», befürwortet. Bei dieser Begründung wird u. E. übersehen, daß diese Einheit eher künstlich geschaffen, durch «Blut und Eisen», im Verein mit Bestechung, mehr oder weniger *erzungen* wurde; daß es zwar einen deutschen *Nationalismus*, kaum aber ein einheitliches, deutsches *Nationalgefühl* und dementsprechend auch *keine deutsche Nation* im eigentlichen Sinne dieses Begriffs gegeben hat. Wenn diese Auffassung richtig ist, so muß in ihrem Lichte das weitere Argument beurteilt werden, wonach eine Auflösung des zentralistischen Einheitsstaates, wie er unter Hitler vollendet wurde, in einzelne Länder («Kantone») und ihre *Neu-Integrierung* in eine Föderation am inneren Widerstand der Deutschen selbst scheitern, das Verlangen nach dem deutschen Einheitsstaat fördern und die Deutschen erst recht zu einem aggressiven deutschen Nationalismus aufpeitschen müsse. Tatsächlich wird, wie wir überzeugt sind, gerade durch solche Argumentierung von *außerdeutscher* Seite der deutschen nationalistischen und nazistischen Reaktion das sehr willkommene Stichwort und eine wesentliche Grundlage für ihre demagogische Hetze zum leicht erregbaren Völkerhaß geliefert. Daß sie sich nach 1918 auf das Ausland berufen konnten, vor allem auf die öffentliche Meinung in England, war das Glück der deutschen Nationalisten aller Schattierungen und das Unglück Europas. Das Argument übersieht aber auch, daß die *kulturellen Unterschiede*, um nicht gerade zu sagen, die kulturellen Gegensätze zwischen dem deutschen Westen und Osten, zwischen einem Süden und Norden oder zwischen Preußen und den meisten andern deutschen Ländern oder «Stämmen» sehr tief ging und trotz weitgehender «Verpreußung» noch immer sehr tief geht. Wenn schon auf die historischen Grundlagen zurückgegangen wird, so würde ein deutscher Bundesstaat viel eher einer natürlich-organischen Entwicklung entsprechen; er wäre der Mentalität der deutschen «Stämme» wesentlich adäquater als das zentralistische Reich und böte darüber hinaus eine weit bessere Grundlage für die «Erziehung zur Demokratie». Die Deutschen würden sich vermutlich sehr rasch an die neu-alte Staatsform gewöhnen, die Vorteile des Bundesstaates sehr bald fühlen und schätzen lernen . . . , wenn sie nicht von drinnen und draußen, vor allem aber von draußen, des eigenen Sinnes entfremdet werden.

Diese Lösung würde, wie das schon die zitierten englischen Autoren anführten, die Furcht Frankreichs vor dem virtuell übermächtigen Nachbarn abschwächen, im Laufe der Entwicklung, wie man hoffen darf, die außenpolitische Konzeption von einer stark auf die deutsche Gefahr gerichteten

Einseitigkeit und Starrheit befreien und in der Folge vermutlich auch der innenpolitischen Reaktion, wie sie heute in der «Bewegung» de Gaulles zum Ausdruck kommt, eine starke Stütze entziehen. Die Umbildung des ehemaligen Deutschen Reiches zu einem Bundesstaat scheint auch geeignet, allein schon durch Beseitigung gewisser psychologischer Hemmnisse, den Weg zu einer *europäischen Föderation* zu erleichtern; sie dürfte wohl als eine gute *Vorstufe* dazu betrachtet werden. Eine derartige politische Auflockerung würde weiterhin dem Gedanken der Europäisierung der deutschen Schwerindustrie eine bessere psychologische Grundlage geben, ihn den Deutschen selbst begreiflicher machen, und schließlich würde die erfolgreiche Durchführung die Idee der wirtschaftlichen Einheit Europas aktivieren und festigen. Auch in diesem Fall durchdringen sich Wirtschaft und Politik in wechselseitigem Abhängigkeitsverhältnis. Weiß das französische Volk mindestens die benachbarten kontinentalen Staaten sicher hinter sich, so wird es sich vielleicht leichter auf seine europäische Mission besinnen und dementsprechend handeln können.

In diesem Zusammenhang muß sehr stark betont werden, daß Deutschland in den «Zwischenkriegsjahren» nur darum zu seiner überragenden Machtstellung kommen und sich zum Nazireich entwickeln konnte, weil es seit seiner Niederlage 1918 *Hilfe von außen* (hauptsächlich – im Zuge der Balance-of-Power-Politik – von angelsächsischer Seite) erhalten und auf dem Kontinent den Widerstand, den ein rechtzeitiges Schutzbündnis seiner künftigen Opfer hätte bieten können, nicht gefunden hatte. Die Gefahr einer erneuten Förderung deutscher Macht und deutschen Machtstrebens von außen droht, wenn auch unter andern Bedingungen, auch heute.